Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Boten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 88 — 89. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Montag, den 14. April 1930**

Nach vier Monaten.

Am 12. April sind es gerade vier Monate, daß man sich im Reichstag um die Steuer- und Finanzregelung herumstreitet. Vier Monate — aber ein endgültiger Beschluß kam nicht zustande. Die Parteien stritten sich, lehnten ab, was ihnen vorgeschlagen wurde, sagten immer nur „Nein!" zu dem, was der Reichsfinanzminister ihnen empfahl, so sehr, daß sogar in den Beratungen des Haushaltsausschusses des Reichstages fast sämtliche Gesetzentwürfe niedergestimmt wurden, die von der Regierung eingebracht worden waren. Und das Kabinett gab nach, unterhandelte und verhandelte mit den Parteien, die natürlich ihre Sonderwünsche vorbrachten, die erklärten, sie seien nicht für diesen Vorschlag, könnten ihren Wählern jene Steuererhöhung nicht verantworten — bis der Reichskanzler zu Beginn der Reichstagssitzung am 12. April erklärte, daß diese verschiedenen Standpunkte der Parteien ihn weiter nicht interessierten, sondern er verlangen müsse, daß die Parteien nun zum Finanz- und zum Agrarprogramm Ja oder Nein sagen müßten. Und zwar deutlich und unmißverständlich.

*

Vier Monate — die deutsche Wirtschaft sprach ein Schlußwort, der neue Reichsbankpräsident verwies darauf, daß das Reich keinen Kredit mehr hätte, wenn es nicht durch Annahme seiner Sanierungsgesetze dafür sorgen würde, daß es bezahlt, was es schuldig ist. Und die Landwirtschaft stand vor dem Acker, den sie jetzt pflügen soll — und wußte nicht, ob der Ertrag die Arbeit lohnen würde. Der Kaufmann in den kleinen und mittleren Städten harrte vergebens darauf, daß der Landwirt nicht bloß verkaufen, sondern auch kaufen würde. Wenn der Preis des Roggens, der Kartoffel nicht einmal den Friedensstand erreicht, dann wartet der Verkäufer vergeblich auf den Kunden. Man hat den Wert der landwirtschaftlichen Erzeugung in Deutschland auf etwa 12 bis 14 Milliarden geschätzt und daher spürt es die gesamte Volkswirtschaft, wenn der „Bauer kein Geld" hat.

*

Das hat ja mit elementarer Wirkung sich auch im Reichstag ausgeprägt, in der Vertretung des deutschen Volkes. Es ging „auf Hauen und Stechen". Wenn die Regierung die Sanierung der Finanzen durchsetzte, wenn sie nicht die Zustimmung dafür erhalten konnte, daß seit vier Monaten nun endlich einmal das Reich — und damit die gesamte Volkswirtschaft, die Fabrik, der Laden, der Acker — aus der Pumpwirtschaft herauskam, so mußten die Wünsche eines Standes, mußte das Agrarprogramm verbunden werden in nicht mehr zerstörbarer Eintracht und — unter politischen Konsequenzen mit den Steuervorlagen. Die Mehrheit der Deutschnationalen Volkspartei, die gerade in der Landwirtschaft seit vielen Jahren die Wurzeln ihrer Kraft besitzt, hat dieser Lage Rechnung getragen. 31 Mitglieder dieser Partei stellten sich auf den Standpunkt, daß die heutige Not des Landwirts höher zu achten, drängender ist als die politische Not von übermorgen.

*

Diese 31 waren sich bewußt, daß sie Ja sagten, als ihr Führer Nein zu sagen sich entschloß. Aber jeder Abgeordnete war diesmal genötigt, sein eigenes Wissen und Gewissen zu befragen, war vor die Entscheidung gestellt, abstimmen zu sollen, nicht wie die Fraktion es ihm befiehlt, sondern wie sein höchstes und verantwortungsvolles Amt als Vertreter des Volkes es von ihm fordert. Auch er ist trotzdem nicht Herrscher des Morgen und — dieses Morgen wird entschieden werden vielleicht durch ein paar Monate. In der deutschen Erde wächst die Saat, die durch des Landmannes Arbeit gesät worden ist, und in vier Monaten, wenn die Ernte in die Scheuern gesammelt wird, soll sich zeigen, ob nicht bloß die Landwirtschaft, sondern darüber hinaus die gesamte deutsche Volkswirtschaft das Ja oder das Nein billigen wird.

Die deutsch-österreichische Wirtschaftsverständigung.

Der Handelsvertrag abgeschlossen.

Die deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen, die seit einigen Wochen in Berlin stattgefunden haben, sind zum Abschluß gebracht worden.

Gleichzeitig mit dem Handelsvertrag sind ein Vertrag über die Rechtshilfe in Zollsachen sowie ein Abkommen über den kleinen Grenzverkehr unterzeichnet worden.

22 Bergarbeiter durch Schachteinsturz verschüttet — 17 Leichen geborgen

London, 13. April. Auf einer der Pacific Coast Coal Coy gehörenden Grube in der Nähe der Stadt Cardonado im Staate Washington ereignete sich eine schwere Explosion, durch die ein Teil eines Schachtes zum Einsturz gebracht wurde. 22 Bergarbeiter wurden verschüttet. Bisher konnten 17 Leichen geborgen werden. Es besteht keine Hoffnung, die restlichen fünf Verschütteten noch lebend zu bergen.

Auf des Messers Schneide!

Brüning siegt mit 12 Stimmen.

Reichstag für Agrar- und Steuervorlagen.

CB. Berlin, 12. April.

Zerrissen von Parteiungen und Sonderinteressen, bot der deutsche Parlamentarismus in letzter Zeit wirklich mehr als einmal die Zeichen des Verfalls, des Niedergangs. Mit Wehmut gedachten ältere Zeitgenossen nicht mit Unrecht jener Tage, in denen von der Rednertribüne des Reichstages die historischen Gestalten eines Bismarck, eines Windthorst oder sonst eines der hervorragenden damaligen Kämpen um Wohl und Wehe des deutschen Gemeinwesens rangen und als Exponenten eines aufstrebenden Volkes das Bild gewaltiger ästhetischer und kultureller Wertmessung boten.

Erinnerungen ändern nichts am Lauf der Tatsachen. Heute lebt das Reich in anderer Situation, andere Probleme rufen zur Lösung. Da ist es immerhin für den Chronisten eine Genugtuung, wenn er konstatieren kann, daß auch jetzt noch im Volkshaus eine Stunde nahen kann, die in ihrer dramatischen Spannung auf Höhepunkte führt, deren Vorhandensein man schon im Schoß ewiger Vergessenheit begraben wähnte. Als Reichskanzler Dr. Brüning die Verbundenheit der Finanzreform und der Agrarangelegenheiten zu einem Ganzen sich zu eigen machte und das Haus vor die Frage nach dem „Entweder — Oder" stellte, als der Sprecher der Sozialdemokratie sein Anathema gegen das Kabinett schleuderte, als die stärkste Erregung die Reihen der Abgeordneten durchlief, wurde mit einem Schlage die Bedeutung des Augenblicks klar, erhob das Parlament auf ein Niveau, das turmhoch aus der Alltäglichkeit hervorragte. Die alsbaldige Abstimmung ließ nichts an fast sensationeller Inhaltsschwere vermissen. Die Deutschnationalen vermochten das oft bekundete, von dem früheren Reichsminister Dr. Hergt noch einmal umrissene Mißtrauen wegen der Kümmernisse der Landwirtschaft nicht ganz von sich zu werfen. Sie spalteten sich und so drang die Kundgebung für die Regierungspläne nur mit knapper Mehrheit durch. Den 217 Ja widersprachen 205 Nein. Brüning hatte gesiegt mit zwölf Stimmen. Wird ihm das Glück weiter lächeln?

Mit dieser Entscheidung war der Brennpunkt für heute überschritten. Die nachfolgenden Einzelberatungen der Steuergesetze brachten gegenüber dem Bekannten nichts wesentlich Neues mehr. io.

*

Sitzungsbericht.

(160. Sitzung.) CB. Berlin, 12. April.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Stöcker (Komm.), das Kabinett Brüning habe in den zwei Wochen seines Amtierens die arbeiterfeindliche Steuer- und Zollpolitik des Kabinetts Müller derart konsequent fortgesetzt, daß die Kommunisten erneut einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett eingebracht hätten. Der Antrag wird mit der weiteren Beratung der Deckungsvorlagen und der Agrargesetze verbunden.

Reichskanzler Dr. Brüning.

Der Kanzler erinnert zunächst an die Regierungserklärung, in der die Erledigung der Finanzgesetze noch vor Ostern als dringlich bezeichnet und die Durchführung von Notmaßnahmen zur Rettung der Landwirtschaft im Osten angekündigt wurde.

Unter Führung der Reichsregierung haben die hinter der Regierung stehenden Parteien einen Antrag eingebracht, wonach das Gesetz zum Schutze der Landwirtschaft nicht in Kraft treten kann, ohne gleichzeitige Bewilligung der dem Reichstag unterbreiteten Deckungsvorlagen. Die Reichsregierung sieht in dem Antrag die notwendigen und ausreichenden Voraussetzungen, die gestellten Aufgaben zu lösen. Sämtliche Entscheidungen, vor denen der Reichstag heute steht, bilden ein unteilbares Ganzes. Ohne Sanierung der Reichskasse können die unbedingt gebotenen Notmaßnahmen für die Landwirtschaft nicht durchgeführt werden. Die Reichsregierung kann die Verantwortung nicht übernehmen, wenn nicht schon in der zweiten Lesung entsprechende Sicherheiten gegeben werden. Diesen Gedanken bringt der vorliegende neue Antrag zum Ausdruck. Wird er abgelehnt oder wird nachher in den einzelnen Abstimmungen das Deckungsprogramm in seinen finanziellen Erträgnissen geschmälert, so wird die Reichsregierung noch am heutigen Tage die notwendigen Entscheidungen herbeiführen. Versagt das Hohe Haus die Mithilfe, so wird die Reichsregierung das, was für die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes erforderlich ist, auf anderem Wege durchsetzen.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.): Das Kabinett Brüning ist vor vierzehn Tagen gebildet worden. Heute steht es vor dem moralischen Bankrott. Die Absicht bei der Zusammenstellung dieses Kabinetts war, durch die Hereinnahme der Herren Schiele und Treviranus die deutschnationale Fraktion zu sprengen und die Partei Hugenbergs zu zersplittern. Tatsache ist, daß diese Absicht nicht gelungen ist. Das Kabinett war genötigt, sich unter den Willen der Deutschnationalen Partei zu beugen. Es begann ein wildes Schachergeschäft, das den Reichstag zu einer Börse herabgewürdigt hat. (Lärm bei den Regierungsparteien.) Wir haben keine Veranlassung, dem Kabinett Brüning aus den selbstgeschaffenen Verlegenheiten zu helfen. Deshalb lehnen wir den Antrag der Regierungsparteien ab. Fällt dieser Antrag, so werden wir nach der Reichstagsauflösung den Wahlkampf führen für die Erhaltung der Sozialpolitik, gegen den großagrarischen Übermut, für die finanzielle Sanierung, für die demokratische Republik.

Abg. Esser (Ztr.): Meine Partei hat keine Veranlassung, die Entscheidung auch nur um eine Minute zu verzögern. Sie beantragt daher, den Antrag der Regierungsparteien sofort zur Abstimmung zu stellen. Das Zentrum hat dringend die Lösung auf parlamentarischem Wege gewünscht. Wenn Reichskanzler Dr. Brüning fast bis zur Selbstaufopferung sich bemüht habe, die Lösung zu suchen, so mutet es seltsam an, daß der Abg. Breitscheid, der die Regierung beschwor, nicht mit dem Artikel 48 zu spielen, heute dem Reichskanzler Brüning daraus einen Vorwurf macht. Das Zentrum wird der Entscheidung nicht ausweichen in der festen Überzeugung, daß das deutsche Volk das richtige Urteil fällen wird.

Abg. Torgler (Komm.) nennt den Antrag den ungeheuerlichsten Erpressungsversuch, der jemals im Reichstag auf Kosten der Arbeiterklasse gemacht worden sei.

Abg. Koch-Weser (Dem.): Die Demokraten haben den Wunsch gehabt, auch die Sozialdemokraten zur Regierungsbildung heranzuziehen, um eine stetige Regierung zu sichern. Wenn die Sozialdemokraten jetzt den anderen Parteien die Schuld an der Sprengung der Großen Koalition zuschieben, so muß dagegen aufs schärfste protestiert werden.

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) stellt in einer verlesenen Erklärung fest, die Regierung unternehme im Auftrage der internationalen Hochfinanz den ernsthaften Versuch, durch unerträgliche Lasten in Form von Verbrauchssteuern dem Young-Plan zur Durchführung zu verhelfen. Die Partei des Herrn Dr. Hugenberg und die Christlichnationale Bauernpartei hätten in historischer Stunde erneut materielle Erwägungen den nationalpolitischen Interessen vorangestellt. Seine Freunde lehnten die Steuergesetze geschlossen ab. Sie würden der auf Täuschung berechneten Verbindung zwischen Steuervorlagen und Agrarprogramm nicht zustimmen und dem Gesetzgebungswerk im ganzen ihre Zustimmung versagen.

Inzwischen ist eine Entschließung der Regierungsparteien eingegangen, die einen Gesetzentwurf über eine wirksame Hilfe für den Osten verlangt.

Deutschnationaler Vorbehalt.

Abg. Hergt (Dtn.) verweist auf die von den Regierungsparteien vorgelegte Entschließung über das Ostprogramm und stellt fest, daß seine Partei heute morgen der Regierung vorgeschlagen habe, einem Zusatzantrag zum Biersteuergesetz zuzustimmen, wonach die Biersteuererhöhung am 1. August außer Kraft tritt, wenn bis dahin nicht die Hilfsaktion für den Osten mit einem Betrage von 200 Millionen Mark sichergestellt ist.

Zu seinem größten Bedauern habe die Reichsregierung dem Antrag bisher nicht zugestimmt. Eine Stellungnahme im Sinne dieser Forderung könnte von Bedeutung sein.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

erwidert namens der Reichsregierung, daß diese nicht in der Lage sei, diesem Antrag zuzustimmen. Wir können die Durchführung der Kassensanierung, fährt der Minister fort, nicht davon abhängig machen, daß irgendein anderes Gesetz oder eine Maßnahme bis zu einem bestimmten Zeitpunkt durchgeführt wird. Wir können ebensowenig in diesem Augenblick auf Heller und Pfennig die Beträge nennen, die für die Osthilfe zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die Reichsregierung hat sich klar und deutlich zur Osthilfe bekannt. Die Gesetze sind in Vorbereitung. Es werden alle verfügbaren Mittel flüssig gemacht werden, um diese Hilfe wirksam durchzuführen. Entweder hat man das Vertrauen zur Regierung, daß sie die ihr gestellten Aufgaben durchführt, dann bedarf es keiner besonderen Sicherung, oder man hat das Vertrauen nicht, dann kann man das in der Abstimmung zum Ausdruck bringen.

Abg. Döbrich (Christlichnationale Bauernpartei): Meine Partei stimmt wegen der Not des Volkes und des deutschen Bauernstandes den Agrargesetzen und den Deckungsvorlagen zu.

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.): Niemand hat Veranlassung, an dem ernstesten Willen der Regierungsparteien zu zweifeln, die Not des Ostens mit allen verfügbaren Mitteln zu beheben.

Die Abstimmung.

Nun beginnt die namentliche Abstimmung über den Antrag der Regierungsparteien, nach dem Finanz- und Agrargesetze gleichzeitig in Kraft treten sollen. Für den Antrag stimmen die Regierungsparteien und ein Teil der Deutschnationalen; die anderen Parteien und der Rest der Deutschnationalen stimmen dagegen. Der Antrag wird mit 217 gegen 205 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Auf Wunsch aus dem Hause wird nach der Abstimmung die Sitzung auf einige Zeit unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird

die Einzelberatung der Agrar- und Steuergesetze

fortgesetzt.

Abg. Puntz (Komm.) erklärt zu den Agrarvorlagen, diese nützten nur den Grundbesitzern, keineswegs aber den kleineren Bauern.

Abg. Tarnow (Soz.) sagt, die Sozialdemokraten seien bereit, der Not der Landwirtschaft zu steuern, aber die Verbraucherkreise und die allgemeine Volkswirtschaft dürften nicht leiden wie bei den jetzt vorgeschlagenen Zollgesetzen.

Abg. Hörnle (Komm.) greift die Sozialdemokraten scharf an.

Abg. Blenkle (Komm.) bekämpft die Umsatzsteuer als Belastung der werktätigen Massen.

Abg. Peine (Soz.) verliest ein Telegramm des Reichsverbandes der Konsumvereine gegen die Umsatzsteuer.

Abg. Schröter-Merseburg (Komm.): Den Sozialdemokraten kommt es nur darauf an, die Abwanderung der Massen zu den Kommunisten zu verhindern.

Nunmehr beginnen die Abstimmungen.

Bei dem Gesetz über den

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF